

Roman Herzog

Jahre der Politik

Die Erinnerungen

Pantheon

Bildnachweis

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung:

S. 173, 193, 226, 243, 271, 283, 370, 390.

picture-alliance / dpa: S. 129.

Privatarchiv des Autors: S. 184.



Mix
Produktgruppe aus vorbildlich
bewirtschafteten Wäldern und
anderen kontrollierten Herkünften

Zert.-Nr. SGS-COC-1940
www.fsc.org
© 1996 Forest Stewardship Council

Verlagsgruppe Random House FSC-DEU-0100
Das für dieses Buch verwendete FSC-zertifizierte
Papier EOS liefert Salzer, St. Pölten.

Der Pantheon Verlag ist ein Unternehmen der Verlagsgruppe
Random House GmbH.

Erste Auflage
September 2008

Copyright © 2007 by Siedler Verlag, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH

Umschlaggestaltung: Jorge Schmidt, München
Lektorat: Annalisa Viviani, München
Satz: Ditta Ahmadi, Berlin
Reproduktionen: Mega Satz GmbH, Berlin
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany 2008
ISBN 978-3-570-55058-8

www.pantheon-verlag.de

Inhalt

Vorwort 9

AUFTAKT

Meine Vorfahren 13

Von der Universität zur Politik 21

Apropos: Sicher ist sicher 33

DIE FRÜHEN ÄMTER

Als Landesbevollmächtigter in Bonn 37

Die Alltagsarbeit einer Landesvertretung 38

Bundsratspolitik 45 Kreuth und die Lehren 56

Apropos: Grenzüberschreitendes Beamtenrecht 62

Kultusminister in Baden-Württemberg 64

Ist-Zustand und neue Zielsetzung 68 Lehrplanarbeit 74

Apropos: Die Liebe des Mannes ... 83

Innenpolitik in Baden-Württemberg 85

Mutlangen 86 Die Stuttgarter Linie 90 Der Eisenfresser 96

Hausbesetzungen 101 Großeinsatz in Freiburg 104

Kommunalpolitik – mal so mal so 106

Apropos: Das SEK und die Mädchen 110

PAUSE VON DER POLITIK

Richter am Bundesverfassungsgericht 115

Das Bundesverfassungsgericht von innen 116 Reflexionen

über politische Gerichtsbarkeit 122 17. Juni 1988 129

Internationale Aufgaben 133

Apropos: Die Kraft der Assoziation 147

DAS BUNDESPRÄSIDENTENAMT

Die Wahl 151

Vorboten einer Kandidatur 151 Die Kandidatur 155

Der Wahltag 159 Der Staatssekretär 163

Apropos: »Alle Jahre wieder ...« 168

In der Außenpolitik 170

Paris 170 Bill Clinton 173 Warschau 174 Die zentraleuropä-
ischen Präsidenten 183 Planungen für die Zukunft 185

Apropos: Mordwaffe Orden 188

Die fünfzigsten Gedenktage 190

Auswahl der Schwerpunkte 190

Auschwitz, 26./27. Januar 1995 192

Dresden, 13. Februar 1995 197

Bergen-Belsen, 27. April 1995 200 Jahrestag des
Endes des Zweiten Weltkriegs, 7./8. Mai 1995 202

Apropos: Margot Hausenstein 207

DAS LAND ERNEUERN

Globalisierung und Regionalisierung 213

Die Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg 214

Von der Verwaltungs- zur sozialen Marktwirtschaft 216 Öffnung für
die Globalisierung 218 Strategien der Erneuerung 221

Apropos: »Auferstanden aus Ruinen ...« 225

Ansätze interkultureller Politik 228

Der erste Schritt 228 Islam, Fundamentalismus,
Terrorismus 230 Ansätze zu einem interkulturellen Dialog 238

Apropos: Wie ich den Papst vom rechten Weg abbrachte 245

Europa und die Weltpolitik 247

Bündnisse zwischen den Blöcken 248

Auf dem Weg zum Weltstaat? 251 Die Energiefrage 256

Apropos: Am Victoria-See 262

Technik und Innovation 264

Überlebensstrategien 264

Popularisierung der modernen Technik 269

Apropos: Konrad Zuse 273

Die Kernfrage: Freiheit und Initiative 275

- Der Grund der Unsicherheit 275 Wer steuert das System? 278
 Wohin steuert das System? 280 Auf der Suche nach Bindungen 281
 Die »Ruck-Rede« 286 Die Sache mit dem Neoliberalismus 289
Apropos: Arbeitslosigkeit im Unternehmerlager 293

Europäische Verfassungspolitik 295

- Der Grundrechtskonvent 295
 Der europäische Verfassungsentwurf 305
Apropos: Händel, Haydn und die Leitkultur 313

REISEN UND BEGEGNUNGEN

Das »alte« Europa, USA, Osteuropa und Asien 317

- Bei den Verbündeten 318 In Osteuropa 333 In Finnland und in
 den baltischen Staaten 346 In Mittelasien 347 In Japan 354
Apropos: Die zentralamerikanische Einladung 357

Der Nahe Osten 359

- Erste Besuche in Israel 361 Akteure des Oslo-Prozesses 366
 Der Staatsbesuch Ezer Weizmans 368
 Auf dem Weg zur King-Husseini-Bridge 372
Apropos: Armut und Würde 377

China 379

- Li Peng und Jiang Zemin in Deutschland 379
 Staatsbesuch in China 384
Apropos: »Pfiat di God, Herr General!« 394

Ausklang 397

- Anmerkungen 407 Literaturangaben 410
 Biographie 411 Personenregister 414

Vorwort

Lange habe ich mich standhaft geweigert, so etwas wie Memoiren zu schreiben, denn von Lebenserinnerungen, die sich teils wie Familiengeschichten und teils wie Bildungsromane lesen, halte ich nicht viel. Wenn dann noch hinzukommt, dass der Autor viele Jahre lang Ämter ausgeübt hat, die ihn in den interessantesten Fragen zur Vertraulichkeit verpflichten, besteht zudem die Gefahr, dass seine Berichte steril wirken.

Als mich der Siedler Verlag einlud, meine Erinnerungen zu schreiben, habe ich alle diese Argumente noch einmal vorgebracht. Ich sähe, so sagte ich, bisher keine Art von Literatur, in der man all diese Schwierigkeiten überwinden und dabei vielleicht auch noch die eine oder andere komische Erinnerung einflechten könne. Mein Gesprächspartner hat mir im Prinzip Recht gegeben. Dann sagte er aber, er könne sich vorstellen, dass ich anders verfahren könnte, das heißt, über die Probleme schreiben, mit denen ich mich in meinem politischen Leben herumzuschlagen hatte, und das Persönliche darum herum drapieren, soweit es eben zu den Problemen passe.

Das hat mich dann doch gereizt, und das Ergebnis dieses Versuchs liegt hier vor. Die frühen Ämter – Landesbevollmächtigter, Landesminister, Verfassungsrichter – sind eher historisch-chronologisch dargestellt, das ergibt sich aus der Natur der Sache. Die vielfältigen Themen, die ich als Bundespräsident verfolgt habe, werden hingegen zugunsten der Übersichtlichkeit und Verständlichkeit eher systematisch abgehandelt. Zwischen die Kapitel sind kurze Geschichten eingestreut, die dem Leser zeigen sollen, wie viel Menschliches, oft sogar Komisches man auch in hohen Ämtern erleben kann, sofern man Sinn dafür hat.

AUFTAKT

Meine Vorfahren

Wahrscheinlich hat mich das Milieu, aus dem ich stamme, doch mehr geprägt, als ich es selbst lange Zeit angenommen habe.

Meine Großeltern kamen aus verschiedenen Gegenden Deutschlands, überwiegend aus dem süddeutschen Raum, und stammten aus ähnlichen sozialen Milieus.

Mein Großvater Georg Herzog kam aus einer Familie bayerischer Schwaben, deren Mitglieder vor allem als Maurer, später als Baumeister, sowie auch als Heimweber ihr Dasein fristeten. Seine Frau Katharina Frankl stammte vom Lechrain, der sich nördlich von Schongau zu beiden Seiten des Lechs erstreckt. Zu ihren Vorfahren gehörten sowohl kleine Landwirte als auch Flößer, die auf Lech und Donau wahrscheinlich bis nach Wien, Budapest oder Belgrad kamen. Durch sie bin ich auch mit vielen der berühmten Wessobrunner Stuckatoren des 18. Jahrhunderts verwandt. In Südwestdeutschland und in der angrenzenden Schweiz gibt es kaum eine Barockkirche, in der nicht Verwandte von mir oder zumindest ihre Mitarbeiter Zeugnisse ihres Könnens hinterlassen haben; genannt seien nur Sankt Gallen, Lindau, Isny, Sankt Blasien, Sankt Georgen und Sankt Peter im Schwarzwald.

Ernst Schulze, der Vater meiner Mutter, war gelernter Elektrotechniker und kam aus einer völlig anderen Gegend. Er wurde zwar in Angermünde in der Uckermark geboren, wo sein Vater ein Steinmetzgeschäft betrieb, seine Familie stammte jedoch aus der Oberlausitz, und seine Frau Luise Graf (von meinen Großeltern lernte ich nur sie kennen) stammte von Winzerfamilien aus der Würzburger Gegend ab, die hohenzollerisch-ansbachische Untertanen und deshalb, trotz der Nähe der Bischofsstadt, evangelisch waren.

Mein Vater war katholisch, meine Mutter evangelisch und ich daher das Produkt einer so genannten Mischehe. Bei meinen Eltern hat allerdings die konfessionelle Frage nie eine Rolle gespielt. Aus

ihrer Ehe habe ich möglicherweise früh gelernt, dass es auf wichtige Fragen zwei verschiedene Antworten geben und dass jeder seine Überzeugung aufrechterhalten kann und man trotzdem friedlich miteinander zu leben vermag.

Fast alle Vorfahren meiner Großeltern haben dem Bauernstand angehört; nur wenige waren, meist neben einer kleinen Landwirtschaft, Handwerker, übrigens auch die erwähnten Stuckatoren, die ihren Beruf, der Zeit entsprechend, als Handwerk ausübten. In meiner Ahnentafel finden sich Landwirte aller denkbaren Größenordnungen – vom geldstrotzenden Großbauern bis zu kleinsten »Söldnern«, die vom Ertrag ihrer Anwesen nicht leben konnten und sich daher bei größeren Bauern oder Adelsherren als Tagelöhner verdienen mussten. Der erste Vorfahre meines Namens, der sich ermitteln ließ wanderte beispielsweise um 1638 aus Bayern in das damals aufgrund des Krieges fast menschenleere Schwaben ein. Er brachte zwar eine junge Frau mit, aber kein Geld; die kleine Sölde, die er erwarb, bezahlte er ausschließlich mit geliehenem Geld, und selbstverständlich war er dann sein ganzes Leben auf den jammervollen Nebenverdienst angewiesen, den das Tagelöhnern ihm einbrachte. So blieb es nach ihm noch fünf Generationen lang, erst die sechste hatte dann ein festes Handwerk als Nebenverdienst, eben das des Maurers, wie ich bereits erwähnt habe.

Bei dieser Ausgangslage mag es überraschen, dass die meisten von meinen Vorfahren aus verhältnismäßig großen und wohlhabenden Bauernfamilien stammen. Das Rätsel lässt sich aber schnell lösen, wenn man weiß, dass alle diese Familien, als sie in die Familie Herzog einheirateten, schon einen nachhaltigen Abstieg hinter sich hatten. Meist war der Ernährer in zwei aufeinanderfolgenden Generationen sehr jung verstorben, und das hatte entweder den Niedergang des Hofes oder dessen Übergang an den zweiten Mann der Frau und dessen Familie zur Folge gehabt.

Die beruflichen Laufbahnen meiner Vorfahren geben noch zu anderen Überlegungen Anlass. Man könnte ja vermuten, dass die verwandtschaftlichen Beziehungen zu den Wessobrunner Baumeistern, Innenarchitekten, Stuckatoren und Orgelbauern bei meinem Bruder und mir irgendwie durchgeschlagen wären, und tatsächlich

hat es in meiner Familie zu allen Zeiten beachtliche Beispiele für künstlerische Begabungen gegeben. Eine solche Neigung brachte ich allerdings kaum auf, abgesehen vielleicht von einem passiven Interesse an Musik und Malerei. Mein Blick war stets eher der Politik und der Gestaltung des Gemeinwohls zugewandt.

Ich weiß nicht, ob auch ein solches Interesse durch Gene vererbt wird. Wenn es sich so verhielte, böte meine Ahnentafel ein treffliches Anschauungsmaterial dafür. Mit Ministern, Hofratspräsidenten und Konsistorialräten kann ich freilich nicht aufwarten, denn dafür lebten meine Vorfahren in zu kleinen Verhältnissen. Aber eine fast nicht abreißende Kette von Ortsvorstehern, Bürgermeistern, Vögten, Gerichtsmitgliedern, Zunftmeistern hat es unter meinen Vorfahren sehr wohl gegeben. Auch die Wirte sollte man dabei nicht völlig vergessen: Ihre Gaststuben waren oft genug Umschlagplätze für Informationen sowie für Parolen. Ich könnte mindestens zwei nachweisbare Fälle aufzählen, bei denen ein solcher Wirt in wichtigen Fragen offenbar das große Wort führte und dadurch in Schwierigkeiten geriet. Ein Schwerpunkt politischer Mandatsträger waren übrigens die Ahnen meiner unterfränkischen Großmutter, also die besagten Winzerfamilien. Seit Beginn des 17. Jahrhunderts bekleidete jeder von ihnen ein – wenn auch bescheidenes – öffentliches Amt.

Wirklich bedeutend ist freilich nur einer aus meiner Familie geworden, und zwar nicht so sehr wegen der politischen Entscheidungen, die er in seinem hohen Amt zu treffen hatte, sondern wegen einer Maßnahme von höchster kultureller Relevanz: der Prämonstratensermönch Hyazinth Gaßner, der in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts fast zwanzig Jahre lang dem Kloster Steingaden bei Füssen vorstand und es durch hervorragende Bauten bereichert hat. Er wurde 1692 als Sohn eines reichen und angesehenen Gastwirts und Vogts im schwäbischen Dorf Balzhausen geboren, und von einer seiner Schwestern stamme ich in direkter Linie ab.

Unsterblich gemacht hat ihn der Bau der heute weltbekannten Wieskirche bei Steingaden im oberbayerischen Pfaffenwinkel, den er 1745 in Auftrag gab und für den er den damals schon berühmten Dominikus Zimmermann gewann. Anlass war die Wallfahrt zum »Geißelten Heiland auf der Wies«, die während seiner Amtszeit be-

gonnen hatte. Zunächst hatte er ihr sehr skeptisch gegenübergestanden; als sie aber dann immer größere Menschenmengen aus ganz Europa anlockte, zog er die unausweichlichen organisatorischen und schließlich auch baulichen Konsequenzen.

Der anspruchsvolle Bau der Wieskirche, der etwa 200 000 Gulden kostete, führte zum wirtschaftlichen Ruin des Klosters Steingaden und zu seiner Sequestrierung durch die kurfürstlich-bayerische Regierung. Unter Marianus II. Mayr, dem Nachfolger Hyazinth Gaßners, verlor also Steingaden noch lange vor der Säkularisation seine Unabhängigkeit. Gaßners Biographen betonen einmütig, dass Abt Hyazinth nicht daran schuld gewesen sei, denn er habe den Baubeginn erst angeordnet, als er einen soliden finanziellen Grundstock angesammelt hatte – mehr als 30 000 Gulden, was damals bei Gott eine Menge Geld war. Die eklatante Kluft zwischen den anvisierten und den wirklichen Baukosten lässt jedoch vermuten, dass das Bauvorhaben von Anfang auf einer unrealistischen finanziellen Grundlage stand und dem Abt hätte bekannt sein müssen, dass der von ihm beauftragte Baumeister mit Kostenvoranschlägen sehr großzügig umzugehen pflegte. Wie dem auch sei, immerhin ist mit der stattlichen Summe etwas Außerordentliches geschaffen worden, das 1984 zum Weltkulturgut der UNESCO erhoben wurde – hätte das Kloster am Ende noch Geld übrig gehabt, wäre es bei der Säkularisation im Jahre 1803 im Staatssäckel verschwunden oder in den napoleonischen Kriegen verpulvert worden.

Übrigens wäre es wahrscheinlich weder zum Zusammenbruch des Klosters noch zu dem Prachtbau in der Wies gekommen, wenn sich Abt Hyazinth an den Dienstweg gehalten hätte. Eigentlich hätte er nämlich bei der kurfürstlichen Regierung in München um eine weltliche und beim Bischof von Augsburg um eine kirchliche Erlaubnis nachsuchen müssen, ehe er mit dem Bau begann. Seine Biographen sind sich aber darin einig, dass er weder das eine noch das andere getan hat. Er war also zu allem Überfluss auch noch ein »Schwarzbauer«. So leid es mir tut, ich kann mich auch darüber nicht entrüsten. Denn was gehen mich heute noch der Kurfürst von Bayern und der damalige Bischof von Augsburg an?

Aus der Fülle des Materials, das mir vorliegt, habe ich bewusst

nur das Nötigste berichtet. Klar ist aber doch wohl geworden, dass meine Vorfahren in ihrer jeweiligen Zeit nicht zu den führenden Schichten gehört haben; sie haben weder Bücher verfasst, noch Regimenter kommandiert, noch in Ministerien Akten vollgeschrieben. Aus heutiger Perspektive betrachtet muss es also in den letzten Jahrzehnten das gegeben haben, was man als sozialen Aufstieg bezeichnet.

Obwohl ihm das gewiss nicht bewusst war, hat den Grund dazu mein Großvater Georg Herzog gelegt. Er stammte, wie gesagt, aus sehr bescheidenen agrarischen Verhältnissen. Sein Vater war noch ein kleiner schwäbischer Landwirt, ein Söldner, wie man damals sagte, und verdiente sich nebenher ein paar Gulden, später Mark, als Maurer. Mein Großvater, der das elterliche Anwesen nicht übernehmen konnte, erlernte das Bäckerhandwerk und übte es auch einige Jahre in Landsberg am Lech aus. Dann aber verlobte sich seine ältere Schwester mit einem jungen Eisenbahnbeamten. Der sah sich seinen Schwager genau an und empfahl ihm, in den Staatsdienst zu gehen. Die Argumentation kann man sich unschwer vorstellen: »Da hast du dein Sicheres, und eines Tages bekommst du auch noch eine Pension.«

Mein Großvater, kaum zweiundzwanzigjährig, bewarb sich in folgedessen bei der Königlich Bayerischen Armee und verpflichtete sich dort auf sechzehn Jahre; er wurde also das, was man seinerzeit einen »Sechzehnder« nannte. Von nun an begann ein zwar bescheidener, aber doch recht befriedigender Aufstieg in den Unteroffiziersrängen, vom Korporal über den Sergeanten und Feldwebel bis zum Kompaniefeldwebel (»Spieß«). Kriege gab es während seiner Dienstzeit nicht. Die endete nämlich im Jahre 1908, und damit hatte mein Großvater Anspruch auf eine zivile Verwendung, selbstverständlich wieder nur in sehr bescheidenen Rängen. Man bot ihm zur Auswahl eine Stelle als Aufseher im Gefängnis Aschaffenburg und eine als Rechnungsbeamter bei der neu errichteten Landesversicherungsanstalt für Niederbayern in Landshut an. Für den Strafvollzugsdienst konnte er sich offenbar nicht erwärmen, aber die Stadt Landshut hatte er während eines Manövers kennengelernt, und sie hatte ihm hinlänglich gefallen. Also entschied er sich für sie, und

so ist im Jahre 1908 aus der schwäbischen Familie Herzog nach 270 Jahren wieder eine bayerische geworden.

Von einem wirklichen sozialen Aufstieg kann man da gewiss noch nicht reden, aber den Grund dazu haben Georg Herzog und seine Frau immerhin gelegt. Zunächst einmal schickten sie ihre drei Söhne auf Mittelschulen – heute würde man wahrscheinlich von weiterführenden Schulen sprechen. Sodann förderten sie – fast möchte man sagen seltsamerweise – alles, was nach musischer Beschäftigung aussah. In der Familie wurde der Gesang gepflegt, die Buben erhielten Violinunterricht – eine Disziplin, in der es mein Vater zu Amateurl Leistungen von erstaunlicher Qualität gebracht hat –, und zudem sind von allen drei Zeichnungen erhalten, zu denen heute kein Mitglied unserer Familie mehr fähig wäre. Wahrscheinlich ist hier das Erbgut der Wessobrunner Vorfahren durchgeschlagen, von denen meine Großmutter ja abstammte.

Die berufliche Ausbildung, die meinem Vater Theo Herzog zuteil wurde, lässt nicht darauf schließen, dass meine Großeltern große Aufstiegsträume mit ihr verbanden. Bestenfalls ging es ihnen darum, ihrem jüngsten Sohn einen »schreibenden Beruf« oder, anders ausgedrückt, einen »White-collar-Job« zu sichern. Wahrscheinlich war es der übliche Wunsch kleinbürgerlicher Eltern: Ihr Sohn sollte sich bei der Arbeit nicht körperlich plagen und schon gar nicht schmutzig machen müssen. Der junge Theo Herzog unterzog sich also einer Banklehre, und er hat oft erzählt, wie wenig ihn das zufriedengestellt hat.

Nach Abschluss der Lehre war er einige Zeit bei einer Landshuter Bank beschäftigt, aber schon bald wechselte er zu einer jener Fabriken, in denen der damals für Bayern lebenswichtige Schnupftabak hergestellt wurde. Dort stieg er binnen kurzer Zeit zu einem der beiden leitenden Angestellten mit einem Gehalt auf, um das ihn viele seiner Kollegen beneideten – und begann das, was später seinen eigentlichen beruflichen Aufstieg ausmachte. Er hätte mit seiner Position und wohl noch mehr mit seinem Einkommen durchaus zufrieden sein können, aber er war es nicht. Seine Tätigkeit füllte ihn nicht aus und, was offenbar das Schlimmste war, er war mit seiner Arbeit meist schon nach wenigen Stunden fertig und wäre gern ge-

wandert oder wenigstens spazieren gegangen. Aber sein Chef verlangte – verständlicherweise – die pünktliche Einhaltung der Dienststunden, schon um keinen arbeitsrechtlichen Berufungsfall entstehen zu lassen.

Also fing mein Vater an, Bücher zu lesen, zuerst wohl eher nach dem Zufallsprinzip. Allmählich aber kristallisierte sich ein breit gefächertes historisches, nicht zuletzt lokal- und regionalhistorisches Interesse heraus. Er trat dem Historischen Verein bei, der seinerzeit, als es noch keine elektronischen Medien gab, jede Menge Anregungen vermitteln konnte, nahm an wissenschaftlichen Exkursionen teil und begann, sich an eigenen geschichtlichen Vorträgen zu versuchen. In die Jahre kurz vor dem Zweiten Weltkrieg und in die frühen Kriegsjahre, in denen er noch nicht zur Wehrmacht eingezogen war, fallen erste wissenschaftliche Publikationen, die teilweise noch heute anerkannt sind, beispielsweise ein Aufsatz über die Maler und Maleeien in der Landshuter Residenz. Außerdem ist in dieser Zeit das erste groß angelegte Quellenwerk entstanden, eine Landshuter Häuserchronik, die allerdings erst Jahre nach dem Krieg im Druck erscheinen konnte.

Nach Kriegsende war auch die Zeit des Schnupftabaks vorbei, und die Firmen, die bis dahin gut davon gelebt hatten, mussten entweder schließen oder mit anderen fusionieren. Für meinen Vater war das der Anlass zu einem Berufswechsel. Hatte er vorher schon im Auftrag der Stadt Landshut an der Wiederaufstellung der Sammlungen des Stadtmuseums mitgewirkt, so ließ er sich nunmehr zum Stadtarchivar und Museumsdirektor ernennen. Mehr als zwanzig Jahre hat er, obwohl ursprünglich nur Autodidakt, diese beiden Ämter versehen und sich dabei trotz mancher Widerstände, die er sich durch Dickköpfigkeit auch selbst einhandelte, zu einem weit über die Grenzen Niederbayerns hinaus anerkannten Regionalhistoriker entwickelt. Aus seiner umfangreichen Publikationenliste möchte ich nur noch das zweite große Quellenwerk erwähnen, das *Landshuter Urkundenbuch*, die enorm materialreichen Bände seiner auf die Nachkriegsjahrzehnte bezogenen Stadtchronik(en) und die wirklich faszinierende Geschichte der Stadt Landshut im 19. Jahrhundert.

Der soziale Aufstieg der Familie war damit geschafft. Mein Bru-

der und ich konnten mühelos darauf aufbauen. Der Übertritt auf das Gymnasium bedurfte nicht wie bei manchen unserer Freunde wochenlanger Debatten, sondern er war selbstverständlich. An Büchern, die wir lesen wollten, gab es keinen Mangel. Das Elternhaus war ausgesprochen anregend, nicht zuletzt deshalb, weil auch unsere Eltern nie aufgehört haben zu lernen und wir infolgedessen schon früh als gleichberechtigte Gesprächspartner anerkannt wurden. Das galt sowohl für meinen Bruder, der, obwohl er Physik studierte, in seinem ganzen Leben Musiker geblieben ist, als auch für mich. Dass ich Universitätsprofessor wurde, hat meine Eltern bestimmt mit Stolz erfüllt, den Übergang in die Politik haben sie wahrscheinlich nicht verstanden, aber sie haben auch nichts dagegen gesagt.

Vielleicht hätte ich das, was ich beruflich wirklich erreicht habe, auch ohne meine Eltern geschafft. Von der Startrampe aus, die sie, besonders mein Vater, gebaut hatten, war es jedoch unendlich leichter. Und noch eines: Mein Vater konnte große Gedankengebäude und Theorien nicht leiden, vor allem nicht, wenn sie empirisch nicht abgesichert waren. Dann blähten sich seine sonst recht schmalen Nasenflügel, begannen ganz leise zu zittern und wurden weiß, fast durchsichtig. Und das vernichtende Urteil ließ nicht lange auf sich warten: »Wasserläus'!« Noch heute denke ich genauso wie er – und dieses Wort verwende ich ebenfalls, wenn auch nur in seltenen Fällen.

Von der Universität zur Politik

Als ich im Juli 1953 mein Abitur abgelegt hatte, galt es zu entscheiden, in welchem Fach ich mich an der Universität München immatrikulieren wollte. In Frage kamen nach meiner Interessenausrichtung Jura, Geschichte und Physik, und mir fiel es nicht leicht, die richtige Auswahl zu treffen. Ein Geschichtsstudium hätte mich für meinen Geschmack zu wenig mit gewöhnlichen Menschen in Kontakt gebracht, also beschloss ich, meinen historischen Interessen auch künftig als Amateur, gewissermaßen auf dem Hobbyweg, nachzugehen. Folglich musste ich zwischen Rechtswissenschaft und Physik wählen. Diese Entscheidung war schwerer zu treffen, und, wie so oft in meinem späteren Leben, habe ich sie zu diesem frühen Zeitpunkt auch noch gar nicht getroffen. Zwar schrieb ich mich in die Juristische Fakultät ein, aber zwei Semester lang habe ich doch Physik-Lehrveranstaltungen besucht, wann immer es mir die Zeit erlaubte (die für »echte« Physiker vorgeschriebenen Mathematik-Vorlesungen und Übungen habe ich mir allerdings geflissentlich erspart). Im Laufe des zweiten Semesters wurde mir dann allerdings klar, dass ich als Physiker zweifellos in der Theoretischen Physik landen würde, und die war mir dann doch zu theoretisch. Also entschied ich mich endgültig für die Jurisprudenz, die ungleich praktischer war – und vergaß dabei all diese höchst theoretischen Erwägungen. Sie fielen mir erst wieder ein, als ich ordentlicher Professor der Rechte war und damit auch wieder voll in der Theorie steckte. Daraufhin habe ich jeden Versuch einer weiteren Karriereplanung aufgegeben. Meine ganze spätere Laufbahn wurde mehr von Zufällen gelenkt – allerdings habe ich diese stets sehr schnell analysiert und gegebenenfalls auch wahrgenommen.

Als ich später längst Präsident des Bundesverfassungsgerichts war, bin ich einmal von einer hochgestellten Persönlichkeit gefragt worden, wie ich denn meine Karriere geplant und aufgebaut hätte,

denn jede Stufe ergebe sich so folgerichtig aus den vorhergehenden, dass man an Planlosigkeit und Zufall kaum glauben könne. Damals habe ich das Bild vom Geißeltierchen entwickelt, dem ich in meiner Karriere stets gefolgt sei. »Ja, aber wie macht es ein Geißeltierchen?«, war die Reaktion. Ich antwortete: »Das Geißeltierchen liegt im warmen Wasser und lässt seine Fangarme spielen. Und wenn etwas Interessantes vorbeikommt, schlägt es zu.« Man mag das Bild, das ich verwendet habe, für etwas arrogant halten. Aber es entspricht genau meiner Lebenshaltung. Ich habe meine Karriere nicht geplant, nachdem ich einmal Universitätsprofessor war. Alles andere hat sich so ergeben – ich habe dann allerdings stets versucht, das Beste daraus zu machen und vor allem mein Bestes zu geben. (Übrigens hatte ich mit dieser Einstellung nur ein Minimum an Misserfolgen; doch wenn man kein bestimmtes Ziel anstrebt, kann man auch keines verfehlen.)

Mein Jurastudium habe ich ausschließlich an der Münchener Universität absolviert und 1958 mit der Promotion abgeschlossen. Da ich es überwiegend durch Nachhilfeunterricht finanzierte, wäre ein Wechsel auch ziemlich teuer geworden. Trotzdem hatte ich vor, für ein oder zwei Semester nach Heidelberg zu gehen, wo ich einige bestimmte Professoren hören wollte. Allerdings wusste ich zunächst nicht, dass sie alle zu der fraglichen Zeit gerade einen Ruf nach München erhalten hatten. Im Laufe eines einzigen Jahres waren sie alle in München, und mein Umzug nach Heidelberg erübrigte sich. Meiner Kasse hat das sehr gut getan.

Die Assistentenzeit, die sich an mein Studium anschloss und bis 1964 währte, gehörte, wie ich heute weiß, zu meinen schönsten und freiesten Jahren. Ich war Assistent bei Theodor Maunz, der just zu dieser Zeit bayerischer Kultusminister war und für sein Institut daher kaum Zeit hatte. Dieses wurde also von seinen Assistenten »regiert«. Das waren zuerst Klaus Stern und ich, später trat Walter Schick an die Stelle von Stern.

Der damalige, noch enge Assistentenkreis war einer der anregendsten Personenkreise, mit denen ich es in meinem Leben zu tun hatte. Außer Klaus Stern, dem späteren langjährigen Rektor der Universität Köln, gehörten noch viele andere dazu, die es später zu

bedeutenden akademischen und anderen Würden brachten. Andreas Heldrich stand viele Jahre der Westdeutschen Rektorenkonferenz vor, Wolfgang Knies wurde erst im Saarland, dann in Niedersachsen Kultusminister, Ekkehard Schumann war lange Zeit ein erfolgreiches Mitglied des Bayerischen Senats, am Ende sogar dessen Erster Vizepräsident. Sie alle und viele andere nahmen regelmäßig an unserem gemeinsamen Mittagessen, an ausgedehnten Spaziergängen und an Ausflügen teil, bei denen nicht gealbert, sondern, genau genommen, gearbeitet wurde: Wer immer ein wissenschaftliches Problem hatte und wer immer in einer der damals noch üblichen Schulenstreitigkeiten Position beziehen wollte, trommelte die Kollegen zusammen, trug ihnen sein Problem vor und fachte damit eine heiße Diskussion an. Unsere Chefs tolerierten das, ohne ein Wort dazu zu sagen, auch wenn sie uns manchmal öfter im Englischen Garten oder im Café Kreuzkamm sahen als an unseren Schreibtischen. Sie wussten, dass dort gearbeitet wurde. Ich habe ein Leben lang daran festgehalten, dass es nicht darauf ankommt, wann und wo, sondern was gearbeitet wird. Das habe ich damals gelernt.

Von meiner Münchener Zeit ist nicht viel mehr zu berichten. Am 9. Mai 1964 bin ich von der Juristischen Fakultät für die öffentlich-rechtlichen Fächer habilitiert worden, im Sommersemester 1965 nahm ich vertretungsweise die Funktionen eines ordentlichen Professors an der Freien Universität Berlin wahr, noch im gleichen Semester schlug mich die Fakultät zur Berufung auf einen ihrer freien Lehrstühle vor, und am 16. Januar 1966 hielt ich die Ernennungsurkunde zum ordentlichen Professor an der Freien Universität Berlin in den Händen.

Dieser 16. Januar wurde für mich zu einem denkwürdigen Tag. Nicht weil ich damals mit noch nicht zweiunddreißig Jahren ordentlicher Professor wurde, sondern weil er mich zu seltsamen Gedankengängen veranlasste. Als ich nach der Ernennung in meinem Dienstzimmer saß und auf das leicht verschneite Dahlem hinausblickte, kam mir nämlich allmählich die Erkenntnis, dass ich mich von jetzt an auf ein anderes Lebensgefühl einstellen müsste. Bisher war mein Aufstieg vom Abiturienten bis zum Professor zwar folgerichtig, aber doch sehr glatt und rasch verlaufen. Nun würde aber

kein weiterer Aufstieg möglich sein, sechsunddreißig Jahre lang, bis zur Emeritierung, die damals mit achtundsechzig Jahren anstand. Ich weiß noch heute, dass ich mir das in den Kategorien der Unteroffizierslaufbahn klarmachte: Von jetzt an kannst du nicht mehr befördert werden, nicht zum Ober-, nicht zum Haupt- und nicht zum Stabsprofessor; selbst der Titel »Geheimrat« wird heutzutage nicht mehr verliehen. Nach einem Aufstieg von zehn (oder dreizehn) Jahren also sechsunddreißig Jahre, in denen sich, vielleicht von einigen Berufungen an andere Universitäten abgesehen, beruflich nichts mehr bewegen würde! Mir war klar, dass dies im gewählten Beruf unvermeidlich war. Ebenso klar wurde mir in dieser Stunde aber auch, dass ich mich darauf einstellen musste, um nicht irgendwann einmal sehr unzufrieden zu werden. Das nahm ich mir mit allem Ernst vor. An einen Berufswechsel oder gar an eine politische Laufbahn dachte ich nicht im Entferntesten.

In dieser Zeit ereignete sich etwas, was für mein ganzes späteres Leben entscheidend sein sollte. Zur Juristischen Fakultät der Universität München gehörte damals Siegfried Grundmann, ordentlicher Professor für öffentliches und Kirchenrecht, gewissermaßen ein »Lehrstuhlnachbar« meines Lehrers Theodor Maunz. Zusammen mit Bischof Hermann Kunst arbeitete er seit den frühen sechziger Jahren an einem Sammelwerk, das den Titel *Evangelisches Staatslexikon* erhalten sollte. Der spätere Bundesrichter Hanns D. Engelhardt und ich waren von Anfang an daran beteiligt, zunächst als Assistenten, dann, beim Erscheinen der 1. Auflage, als Juniorpartner; die späteren Auflagen habe ich als Mitherausgeber betreut.¹ Grundmann und ich kannten uns zunächst nur aus gelegentlichen Unterhaltungen, die Arbeit am *Staatslexikon* förderte aber nicht nur gegenseitige Hochachtung, sondern im Laufe der Zeit auch eine herzliche Verbundenheit und Freundschaft zutage. Als ich nach Berlin berufen wurde, sagte er mir voraus, dass er mich binnen weniger Jahre nach München »zurückholen« werde. Seine Frau erzählte mir später, dass er immer wieder von der Zusammenarbeit geschwärmt habe, die er sich von meiner Rückkehr versprach und von der er offenbar Wunderdinge erwartete. Ich selbst wäre zu jener Zeit auch gern nach München zurückgekehrt, allerdings erst nach einer länge-

ren Reihe von Berliner Jahren. Aber das kann man sich im Leben ja nie nach Wunsch einrichten.

Es kam ganz anders. Siegfried Grundmann hatte vom Krieg und von einer mehrjährigen Gefangenschaft in der Sowjetunion einen schweren Leberschaden davongetragen, der ihn immer wieder zu längeren Klinikaufhalten zwang. Eines Tages aber konnten die Ärzte nichts mehr für ihn tun, und er starb, gerade einundfünfzig Jahre alt. Hätte er länger zu leben gehabt, so hätte er aufgrund seines wachsenden Einflusses in der Fakultät meine Rückberufung wahrscheinlich bewirken können. So aber kamen verständlicherweise ältere Münchener Habilitanden zum Zuge. Ich nahm einen Ruf an die Verwaltungshochschule Speyer an, wo ich glückliche und fruchtbare Jahre verlebte – und wo ich in die Politik geriet. Wollte man die Dinge dramatisieren, so müsste man sagen: Siegfried Grundmann musste so jung sterben, damit ich Präsident des Bundesverfassungsgerichts und schließlich Bundespräsident werden konnte. Solche Gedanken haben mich zwar zu keiner Zeit belastet, nachdenklich haben sie mich aber des Öftern gestimmt ...

Vom Standpunkt meiner wissenschaftlichen Arbeit aus gesehen hätten die Jahre in Berlin gut werden können. Jedenfalls ließen sie sich so an. Der Ruf auf den Lehrstuhl war bereits unterwegs, als ich mit einem Referat vor der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer gleichsam mein Gesellenstück bei den Zunftgenossen ablegen konnte. Das *Evangelische Staatslexikon*, das ich stark mitgeprägt hatte, erschien ein Jahr später und stieß allenthalben auf Zustimmung. Die Herausgeber des größten Kommentars zum Grundgesetz, Theodor Maunz und Günther Dürig, nahmen mich als Dritten im Bunde auf, sodass das Werk nunmehr Maunz-Dürig-Herzog hieß. Vor allem aber legte ich eine *Allgemeine Staatslehre* auf Kiel, die mein wissenschaftliches Interesse auf Jahre in Anspruch nahm. Bei der Arbeit stellte ich nämlich fest, dass weder im politischen Leben noch in der wissenschaftlichen Literatur halbwegs klare Vorstellungen über die Aufgaben des Staates vorhanden waren. Das wollte ich doch genauer wissen, und so begann ich, mir Literatur über das zu verschaffen, was dazu in früheren Jahrhunderten geschrieben worden war, vor allem aber über die Aufgaben, die *historische* Staaten

tatsächlich wahrgenommen hatten – die Realität geht meiner Meinung nach der Theorie auch in dieser Thematik vor. Aus diesen Forschungen sind sehr viel später einige größere Aufsätze hervorgegangen, vor allem aber das Buch *Staaten der Frühzeit*, in dem ich gezeigt habe, dass es »geborene« Staatsaufgaben in der Geschichte so gut wie gar nicht gegeben hat, sodass fast alles von den äußeren Gegebenheiten und vom Willen politischer Führung abhängig war. Dass dieses Defizit bis heute besteht und auf dem besten Wege ist, in vielen westlichen Demokratien die Staatsfinanzen und damit den wirtschaftlichen Fortschritt zu ruinieren, habe ich nie verschwiegen.

Trotzdem waren die Berliner Jahre für mich, so sehr ich die Stadt selbst lieben lernte, nicht gerade ersprießlich. Einerseits gab es in den Fakultäten der Freien Universität beträchtliche Verkrustungen, unter denen junge Professoren wie ich wahrscheinlich mehr litten als die Studenten, andererseits wurde zu dieser Zeit die Bewegung der so genannten Achtundsechziger ins Leben gerufen, die ich weder ihrer Themen noch ihrer Wortführer wegen besonders schätzte (und die heute bei weitem überschätzt wird). Ihre Kraft reichte aber dazu, dass sich ein harter Kern bildete, der mit den berechtigten Anliegen einer Hochschulreform nicht mehr das Geringste zu tun hatte, sondern schlichtweg auf Unruhestiftung, ja Umsturz ausging. Was mich betrifft, so wurde ich zu allem Unglück viel zu früh zum Dekan meiner Fakultät gewählt, was mich unweigerlich in die Hochschulpolitik verwickelte – und dafür hatte ich eigentlich nie den mindesten Sinn. Zwar haben sich in dieser schwierigen Zeit über alle politischen und Fakultätsgrenzen hinweg Freundschaften, ja Kameradschaften gebildet, die für das ganze Leben halten werden, doch wohlfühlen konnte man sich an der Hochschule nicht mehr – selbst wenn man die eindrucksvollen Schwächen der politischen Führung Berlins großzügig übersah. Es reichte, jedenfalls für mich, die Erfahrung aus, dass ich in den Jahren, in denen ich in meinem Fach viel hätte leisten können, stets mit neuen Gesetz- und Satzungsentwürfen konfrontiert wurde, die mich nicht im Geringsten interessierten, und dass sich mein Leben allmählich nur noch in Sitzungen, Beratungen, Kommissionen, in Vorstellungen

und Gegenvorstellungen erschöpfte. Dazu war ich nicht Professor geworden.

Allerdings habe ich in meinen Berliner Jahren etwas gelernt, das ich später noch gut gebrauchen konnte: den Umgang mit der Polizei. Am 2. Juni 1967 fand der Besuch des Schahs Reza Pahlevi in Berlin statt. Am Abend sollte das Kaiserpaar der Aufführung der *Zauberflöte* in der Deutschen Oper beiwohnen, vor der sich Demonstranten versammelt hatten. Es wurden Sprechchöre laut, und es flogen Tomaten und Farbeier. Nachdem der Schah die Oper unversehrt erreicht hatte, rückten die Demonstranten langsam ab, um sich nach Beendigung der Vorstellung erneut zu versammeln. Anstatt die Studenten abziehen zu lassen, begannen jedoch die Polizisten mit Schlagstöcken gegen die Demonstranten vorzugehen. Blutüberströmt brachen viele von ihnen zusammen, während die anderen durch Nebenstraßen zu entkommen versuchten, unter ihnen auch der sechszwanzigjährige Romanistikstudent Benno Ohnesorg, der an diesem Tag zum ersten Mal an einer Demonstration teilgenommen hatte. Er geriet zusammen mit einigen anderen Demonstranten in ein Handgemenge mit der Polizei. Während des Gerangels löste sich aus der Pistole des Kriminalobermeisters Karl-Heinz Kurras ein Schuss, der Ohnesorg die Schädeldecke zertrümmerte.

Nach diesen Vorgängen befanden sich Stadt und Universität in heller Aufregung, zumal der Polizeieinsatz ja ein Menschenleben gekostet hatte. Um den Studenten Grundlagen für eine halbwegs gerechte Beurteilung zu vermitteln, hielt ich eine Sondervorlesung, in der ich mich mit der polizeirechtlichen Lage beschäftigte. Die Veranstaltung war so überfüllt, dass sie in einen weiteren Hörsaal übertragen werden musste, und an ihr nahmen, ohne dass ich das gewusst hätte, Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin teil. Die Folge war, dass ich zu den Sitzungen des Untersuchungsausschusses, der sich mit dem 2. Juni befassen sollte, als Sachverständiger geladen wurde (was mir erstmals eine ganz unerwartete Publicity einbrachte). Daraus ergab sich später, dass ich zu einer ganzen Reihe polizeirechtlicher und auch polizeitaktischer Tagungen und Konferenzen hinzugezogen wurde, in denen es vor allem darum ging, die Polizei vor Überreaktionen zu bewahren und ihr rechtlich so weite Ermes-

sensspielräume zu schaffen, dass die zunehmend nervöser, ja gewalttätiger werdenden Demonstranten ihr Verhalten nicht einfach vorausberechnen konnten.

Die Institutsbesetzungen, die bald darauf an der Freien Universität begannen, die Störung von Lehrveranstaltungen, die zeitweise fast an der Tagesordnung war, und manches andere mehr brachten eine nahezu ununterbrochene Beratung des Rektors in Polizeifragen und entsprechende Kontakte mit den Innenbehörden mit sich. Mit einem Wort: Ich bin in diesen Monaten zum Spezialisten in Polizeiangelegenheiten geworden. In Berlin habe ich Polizeiarbeit und Polizeiprobleme wirklich von der Pike auf gelernt.

Als mich der Chef der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei auf einen freien Lehrstuhl an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer berief, nahm ich diesen Ruf trotzdem kurz entschlossen an. Zum einen konnte ich nunmehr in Ruhe meine *Allgemeine Staatslehre* fertigstellen,² zum anderen konnte ich mit bereits diplomierten Studenten (Juristen, Volkswirten, Historikern usw.) arbeiten. Das Beste aber war: Die Speyerer Hochschule wurde nicht von einem Kultusministerium, sondern von einem Verwaltungsrat gesteuert, der aus dem Bundesinnenminister und den (damals) elf Landesinnenministern bzw. ihren Vertretern bestand. Die laufenden Verwaltungsaufgaben, soweit sie nicht überhaupt von der Hochschule erledigt wurden, nahm die rheinland-pfälzische Staatskanzlei in Mainz wahr. Das sollte mein Schicksal werden, aber das konnte ich damals noch nicht ahnen.

Die ersten Jahre in Speyer waren fruchtbare Jahre. Es machte Spaß, mit bereits gut ausgebildeten Studenten zu arbeiten, die Arbeitsgebiete der Kollegen reichten weit über die Grenzen einer normalen Juristischen Fakultät hinaus, und die Kontakte, die sich von Speyer aus zur Verwaltungspraxis und zu Verwaltungspraktikern ergaben, taten das Ihrige dazu. Von der Politik blieb ich zunächst noch verschont.

Den jungen Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Dr. Helmut Kohl, lernte ich zwar ebenso kennen wie den Oppositionsführer Wilhelm Dröscher und seinen jugendlichen Mitarbeiter Rudolf Scharping, aber selbst die Begegnungen mit dem MP (so sagte man

damals in Mainz) beschränkten sich auf das Unvermeidliche, auf die gemeinsame Teilnahme an einer Podiumsdiskussion in Mainz etwa bei den 2. Tagen der Mainzer Fernsehkritik, und auf seinen Besuch zum 25. Jubiläum der Speyerer Hochschule im Jahre 1972, bei dem ich mit ihm sogar etwas aneinandergeriet.

Bewegung gab es erst im November 1972, kurz nachdem die CDU die vorgezogene Bundestagswahl haushoch verloren hatte. Die Sitzungen des Verwaltungsrates fanden alle paar Monate im Senatsaal der Hochschule statt, immer an einem Mittwoch. Den Vorsitz führte der Chef der Mainzer Staatskanzlei, Willibald Hilf, der später viele Jahre lang Intendant des Südwestfunks werden sollte. Zu seiner Linken saß der Rektor der Hochschule, mein Freund Rudolf Morsey, und an dessen linker Seite ich, weil ich zu dieser Zeit Prorektor war. Das war gewissermaßen die Bühne, auf der alles begann.

Akteure waren unsere Studenten (beziehungsweise einige von ihnen), die mit einem gewissen Recht mehr Mitspracherechte für sich verlangten und sich dafür merkwürdigerweise nicht den Senat, sondern den Verwaltungsrat ausgesucht hatten. Sie veranstalteten ein so genanntes Go-in, das heißt, sie drangen in den Sitzungsraum ein, blieben dann aber verlegen stehen und wussten offenbar nicht mehr so genau, wie es nun weitergehen sollte. Während Rektor Morsey aufsprang und sie zum Verlassen des Raumes veranlasste, ergriff der Vertreter der Freien und Hansestadt Hamburg das Wort und begann, mit windelweichen Worten um Verständnis für die jungen Leute zu werben. Verständnis für die Studenten hatte ich bis zu einem gewissen Grad auch, weniger jedoch für das Gefasel des Hanseaten, und so beugte ich mich denn über den leeren Stuhl des Rektors zu Hilf hinüber und sagte leise zu ihm: »Hilf, haben Sie nicht einen anständigen Job für mich? Mir stinkt hier etwas.«

Die Bemerkung war nicht ernst gemeint. Hilf kam aber nach der Sitzung auf mich zu und fragte mich ganz offen, ob meine Frage ernst oder doch nur spaßhaft gemeint gewesen sei. Erst da wurde ich aufmerksam und antwortete: »Eigentlich war sie nur scherzhaft gemeint, aber haben Sie denn etwas Ordentliches anzubieten?« Und er wiederum: »Ich lasse von mir hören.« Zwei Tage später rief er mich an, und seine Stimme klang etwas besorgt. Er hatte dem »MP« über

unser Gespräch berichtet und der war, wie Hilf sagte, darauf »so hereingesprungen«, dass er, Hilf, nun die größten Schwierigkeiten mit ihm befürchtete, wenn ich mein Interesse zurückziehen würde. Da sagte ich, ich müsse allerdings wissen, um welche Position es denn eigentlich gehen solle; Ministerialdirigent im Landwirtschaftsministerium wolle ich nämlich nicht werden. Er nannte nun erstmals das Amt des Landesbevollmächtigten in Bonn, das durch die Wahl von Alois Mertes zum Bundestagsabgeordneten frei geworden sei, und ich erwiderte, wieder einmal kurz entschlossen, darüber könne man reden.

Einige Tage später meldete sich Helmut Kohl bei mir und fragte mich, ob ich ihn möglichst schnell aufsuchen könne. Ich setzte mich also in mein Auto und fuhr nach Mainz in die Staatskanzlei. Er gab mir einen kurzen Überblick über die politische Lage, auch über seine Absicht, erneut (und wieder gegen Rainer Barzel) für das Amt des CDU-Bundesvorsitzenden zu kandidieren. Außerdem schilderte er meine künftigen Aufgaben, auch die künftigen Kollegen aus den zehn anderen Bundesländern und fragte mich dann, ob ich irgendwelche Bedingungen stellte. Ich bat mir nur eine Woche zur Überlegung und Beratung mit meiner Frau aus und verabschiedete mich. So cool, wie das hier klingt, kann ich aber doch nicht gewesen sein. Einige Zeit später erhielt ich nämlich ein Strafmandat, weil ich am fraglichen Tag das Dorf Nackenheim im stolzen Tempo von achtzig Stundenkilometern durchquert hatte, und das ist nicht mein normales Tempo durch geschlossene Ortschaften.

Über die eigentliche Ernennung ist nichts weiter zu berichten. Sie fand am 17. Januar 1973 statt, also fast auf den Tag genau sieben Jahre nach meiner Ernennung zum ordentlichen Professor. Kohl überreichte mir die Ernennungsurkunde zum Staatssekretär, und wir stießen mit einem Glas rheinland-pfälzischen Sekt auf eine gute Zusammenarbeit an. Dann gingen wir wieder an unsere Arbeitsplätze zurück, er in die Mainzer Staatskanzlei, ich in die Speyerer Hochschule.

Für mich war damit noch keine wirkliche Lebensentscheidung getroffen. Ich glaubte vielmehr, ich könnte nun meine verfassungsrechtlichen Kenntnisse durch einige Jahre »Feldforschung« ergänzen

und dann wieder auf einen Lehrstuhl zurückkehren. Die Zukunft zeigte aber: Das war ein Irrtum.

Mit Kohl habe ich nie darüber gesprochen, heute glaube ich aber, dass er schon lang vor der Bundestagswahl 1972 ein Auge auf mich geworfen hatte und deshalb, wie Willibald Hilf es ausgedrückt hatte, so auf die sich in meiner Person bietende Möglichkeit »hereingesprungen« war. Sowohl der frühere Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier als auch der rheinland-pfälzische Bundestagsabgeordnete August Hanz aus Meudt im Westerwald haben mir später – unabhängig voneinander – erzählt, sie hätten im Sommer 1972 Kohl vorgehalten, es sei ein Fehler, Alois Mertes ziehen zu lassen, und hätten darauf zur Antwort bekommen, er habe für ihn einen vollwertigen Ersatz im Auge – nämlich Professor Roman Herzog aus Speyer. Da ich mittlerweile die Art kenne, in der Helmut Kohl damals Personalpolitik machte, habe ich keinen Anlass, an der Wahrheit dieser Berichte zu zweifeln.

Übrigens hat er mich in dem entscheidenden Gespräch weder nach einer CDU-Mitgliedschaft gefragt, noch diese als Voraussetzung für meine Ernennung genannt. Ich war aber längst Parteimitglied geworden, nicht an meinem Arbeitsort in Rheinland-Pfalz, sondern am Wohnort in Baden-Württemberg, und davon konnte Kohl, damals erst rheinland-pfälzischer Landesvorsitzender, auch gar nichts wissen.

Mein Weg zur Union war keineswegs geradlinig verlaufen. Ich stammte zwar aus dem »schwarzen« Niederbayern, war aber evangelisch, was dort stets einen gewissen Abstand zum Mainstream bedeutete. Mein Elternhaus war in politischen Fragen eher liberal gewesen, bei mir war dazu noch ein starker sozialer Akzent vorhanden. Ich hätte also durchaus auch Sozialdemokrat werden können. Das änderte sich allerdings in meinen Berliner Jahren. Weder konnte mich die schwächliche Sicherheitspolitik, die die SPD in Berlin trieb, für sie einnehmen, noch war ihre Politik gegenüber dem Osten dazu angetan. Mit der neuen Ostpolitik, vor allem mit dem Moskauer Vertrag, hätte ich mich ohne weiteres einverstanden erklären können, doch waren aus der Partei ja auch andere Töne zu vernehmen, z. B. Töne neutralistischer Art und Forderungen nach Anerkennung

der DDR-Bürgerschaft, die die letzte verfassungsrechtliche Barriere zur einseitigen Anerkennung der DDR geschleift hätten. Selbstverständlich war das nie offizielle Parteimeinung. In solchen Fragen bin ich aber dafür, den Anfängen zu wehren. Sobald ich meine neue Wohnung in Ziegelhausen bei Heidelberg bezogen hatte, trat ich also in die CDU ein.

Apropos: Sicher ist sicher

Im Mai 1957 legte ich in München mein Referendarexamen ab. Dabei lernte ich ein leuchtendes Beispiel für behördliche Vorsicht kennen. Es ging, um es kurz zu machen, um die Frage, welche Druckerzeugnisse ein Prüfling während der Examensklausuren mit sich führen durfte und welche vor Beginn der Arbeit beim Aufsichtführenden, einem schon deutlich angegrauten Amtsrichter, abzugeben waren.

Wir Prüflinge hatten zu diesem Problem eine Reihe berechtigter Fragen, und ich behauptete, dass wenigstens die beiden ersten noch durchaus ernst gemeint waren. Selbstverständlich musste ein Lehrbuch des Verwaltungsrechts, das einer von uns bei sich hatte, abgegeben werden. Ebenso entschied unser Amtsrichter aber auch bei einem Werk der Weltliteratur, das ein anderer bei sich führte, denn, so sagte er, daraus könnten immerhin orthographische Zweifelsfragen geklärt werden, was ja ebenfalls Einfluss auf die Bewertung der Arbeit haben könnte.

Ob die nun folgenden weiteren Fragen genauso ernst gemeint waren, ist mir nicht ganz so klar. Der nächste Frager hatte nämlich eine Tageszeitung bei sich. Aber auch die musste er abgeben, weil, wie unser Amtsrichter meinte, das Orthographie-Argument auch hier seine Berechtigung habe.

Da erkannte ich, dass nunmehr die Zeit der Nagelprobe gekommen war. Objekt dieser alles entscheidenden Probe war ein Kriminalroman, vulgo Krimi, der sich ausgerechnet in meiner Aktentasche befand. Ich begab mich also zum Vorstandstisch und fragte, ob ich wenigstens diesen Krimi behalten dürfe. Der Aufsichtsbeamte, den man heute korrekterweise wohl als Aufsichtsrichter bezeichnen müsste, stutzte einen Moment, wahrscheinlich weil er nicht damit gerechnet hatte, dass ein junger Mensch nach sieben Semestern akademischen Studiums überhaupt noch Krimis las. Aber er ermannte

sich und ordnete erneut die Ablieferung an. Schließlich könne auch ein Kriminalroman zur Lösung orthographischer Fragen missbraucht werden.

Wie gern hätte ich die Sache nun auf sich beruhen lassen! Doch das ließ weder mein Interesse für schwierige Rechtsfragen noch der gegebene Tatbestand zu. Mein Krimi stammte nämlich von der weltberühmten Agatha Christie, hieß *The Murder of Roger Ackroyd* und war – der Leser ahnt es schon – in englischer Sprache und obendrein natürlich nach den Regeln der englischen Orthographie geschrieben.

Unser Aufsichtsrichter verschluckte sich fast, als ich ihn mit diesem Sachverhalt konfrontierte. Aber wiederum ermannte er sich und bestimmte trotz allem, dass auch dieses Hilfsmittel während der Prüfungszeit nicht auf meinem, sondern auf seinem Tisch zu liegen habe. »Denn«, so sagte er zur Begründung dieses Hoheitsaktes, »sicher ist sicher«, und die Richtigkeit *dieses* Satzes konnte man ihm ja auch nicht bestreiten.

Er hat es bestimmt gut gemeint. Wahrscheinlich sah er die Gefahr, dass während unserer Arbeitszeit ein Vorgesetzter erschien und eine andere Rechtsauffassung vertrat – und das hätte dann ja nicht nur ihn, sondern vor allem mich in Schwierigkeiten gebracht. Trotzdem erscheint es mir auch heute noch nicht als Ungerechtigkeit, wenn ich behaupte, ich wüsste gerade aus diesem Erlebnis, warum es in unserer Verwaltung oft so langsam vorangeht. Natürlich ist sicher sicher. Aber was heißt das in einer Zeit, in der fast nichts mehr sicher ist?

DIE FRÜHEN ÄMTER

Als Landesbevollmächtigter in Bonn

Nun war ich also Landesbevollmächtigter oder, der Exaktheit halber, Bevollmächtigter des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund mit Sitz in Bonn, und damit zugleich Chef einer kleinen, aber formbaren Behörde von Mitarbeitern.

Was eine Landesvertretung zu tun hat, konnte ich mir damals nur aufgrund meiner rechtlichen und politikwissenschaftlichen Kenntnisse über den Bundesrat und die Fachministerkonferenzen zusammenreimen. Das dazu nötige Know-how besaß ich aber nicht, ja ich war, um ehrlich zu sein, bis dahin noch kein einziges Mal in einer Landesvertretung gewesen. Freilich hatte ich bei all dem einen unschätzbaren Vorteil: Die rheinland-pfälzische Vertretung hatte sich bis zu jenem Zeitpunkt in Bonn noch nie durch besondere Aktivitäten hervorgetan.

Mein Vor-Vorgänger, der durch die Folgen einer schweren Kinderlähmung an größeren Auftritten gehindert war, hatte ohnehin eine ganz andere Amtsauffassung vertreten als manche seiner Kollegen und später auch ich. Alois Mertes, gewissermaßen unser »Zwischenfolger«, hatte das Amt nur zehn Monate ausüben und ihm daher keinen eigenen Stempel aufdrücken können. Soweit es mir darum ging, Rheinland-Pfalz in der Bundeshauptstadt politisch und gesellschaftlich sichtbar zu machen, war ich also auf meine eigene Fantasie (und die lange zur Untätigkeit verurteilte meiner Mitarbeiter) angewiesen. Andererseits war alles, was ich unternahm, mehr als das, was bisher geschehen war – also ein Fortschritt, hinter dem sich größere oder kleinere Pannen mühelos verstecken ließen. Die Voraussetzungen waren also keineswegs ungünstig, und die Arbeit konnte beginnen.

Die Alltagsarbeit einer Landesvertretung

Die Tätigkeit einer Landesvertretung ist wahrscheinlich interessanter als die jedes Landesministeriums. Auch wenn sie einem fast nie das angenehme Gefühl beschert, eine Sache aus eigener Initiative angefangen und nach geraumer Zeit zu Ende geführt zu haben, hat sie den großen Vorzug, dass sie fast an allen Projekten des Bundes und an vielen des eigenen Landes beteiligt ist, anders ausgedrückt: dass sie am Puls der aktuellen Politik ist – und zwar fast uneingeschränkt.

Dem folgt auch die innere Organisation solcher Behörden, die ich bei anderen Landesvertretungen kennengelernt und dann auch in meiner eigenen eingeführt habe. Dem Prinzip nach muss es für jedes heimische Ressort in der Landesvertretung einen Mann (oder eine Frau) geben, der (die) die Interessen dieses Ressorts gegenüber den Ausschüssen des Bundestags, in den Ausschüssen des Bundesrats und auch gegenüber der hauptstädtischen Medienwelt wahrnimmt, nötigenfalls sogar gegenüber den einschlägigen Bundesbehörden. Diese Tätigkeit erfordert ständigen Kontakt mit dem »Mutterhaus« in der Landeshauptstadt, Sichtung und Weiterleitung der vom Bund verbreiteten Dokumente, Beschaffung und gegebenenfalls Weitervermittlung zusätzlicher Informationen, Arbeit in den zuständigen Ausschüssen und Kommissionen, Pressearbeit usw.

Meiner Erfahrung nach sind die Mitarbeiter völlig unterschiedlicher Provenienz. Etwa die Hälfte von ihnen wurde zu meiner Zeit auf Planstellen geführt, die im Landeshaushalt unmittelbar der Landesvertretung zugeordnet waren. Die andere Hälfte bestand aus Ministerialbeamten des Landes, die nur auf Zeit zur Landesvertretung abgeordnet waren. Diese Mischung hat sich durchaus bewährt. Zwar besteht bei fest angestellten Kadern immer die Gefahr der Ermattung und Abflachung, doch die Verbindungen zu den anderen Ländern und vor allem auch zu den zahlreichen ausländischen Botschaften und den Verbandszentralen verlangen auch länger am Ort arbeitende Mitarbeiter. Entscheidend ist also die Mischung, verbunden mit der Fähigkeit und Bereitschaft der Beteiligten, neben ihrem eigentlichen Zuständigkeitsbereich zusätzliche Aktivitäten zu entfalten.

ten und weitere Pflichten zu übernehmen, wie die folgenden Beispiele aus meinem eigenen Erfahrungsbereich belegen.

Mein Wirtschaftsreferent entwickelte nebenher sehr enge freundschaftliche Beziehungen zu den Botschaften aus der Dritten Welt, um die sich sonst kaum jemand kümmerte. Der Justizreferent erklärte sich bereit, Informationen aus der Außenpolitik zu beschaffen und aufzuarbeiten. Der Referent für Kulturpolitik ersetzte, gleichsam im Nebenamt, den Pressereferenten, als dieser ins Konrad-Adenauer-Haus überwechselte, und mauserte sich später zum allgemeinen politischen Referenten. Mit ganz wenigen Ausnahmen erwiesen sich also fast alle als das, was man »Mehrbänderleute« nennt. Man musste nur ihre besonderen Fähigkeiten und Interessen herausfinden, sie zu ihrer Nutzung motivieren und im Übrigen darauf achten, dass nicht einer im Eifer dem anderen die Butter vom Brot holte.

Eine Sonderstellung nahm die seinerzeit berühmte »Finanzgruppe« ein, die im Auftrag des Finanzministers Johann Wilhelm Gaddum die Steuerpolitik der sozialliberalen Bundesregierung kritisch begleitete und teilweise trotz der geringen Zahl ihrer Mitglieder sogar konterkarierte. Sie bestand aus drei früheren Beamten des Bundesfinanzministeriums und stand unter der Leitung von Franz Klein, dem späteren profilierten Präsidenten des Bundesfinanzhofs. Franz Klein, übrigens ein Schwiegersohn meines akademischen Lehrers Theodor Maunz, hätte die Gruppe gern in die Landesvertretung eingegliedert. Sachlich wäre ich damit einverstanden gewesen, weil es sich wirklich um ein Juwel handelte. Hätten aber sie und eine ihr nachgebildete Gruppe Sozialpolitik auch formal zur Vertretung gehört, so wäre diese allmählich mächtiger als die Mainzer Staatskanzlei geworden, und das wäre ein Verstoß gegen alle Regeln der Regierungsorganisation gewesen. Folgerichtig habe also ich die Eingliederung immer abgelehnt. Praktisch gab es allerdings keinen Unterschied: Klein und seine Mitarbeiter haben sich zur Landesvertretung immer loyal verhalten, und ebenso habe ich, wenn es nötig war, meine schützende Hand über sie gehalten.

Mit den Botschaftern hielt ich, soweit möglich, selbst Kontakt, nicht nur in politischen Gesprächen, sondern auch durch Einladun-

gen in das Land oder zumindest in die Landesvertretung. Die Botschafter ganz »großer Staaten« waren allerdings für den Repräsentanten eines Landes, zudem eines relativ kleinen Landes, kaum zu erreichen. Die Vertreter der Dritte-Welt-Länder jedoch sehen auch heute noch die höchsten Würdenträger Deutschlands nur in Ausnahmefällen, und ihre Botschaftsräte und Attachés können nicht einmal darauf hoffen. Solche jungen Diplomaten habe ich in unregelmäßigen Abständen bewusst zu kleinen Dinern eingeladen. Sie waren davon hellauf begeistert, und ich war überzeugt, es sei besser, einen dreißigjährigen Botschaftsrat für Deutschland zu gewinnen als einen sechzigjährigen Botschafter. Vom Ersten hat unser Land noch dreißig bis fünfunddreißig Jahre einen Nutzen, vom Letzteren höchstens fünf bis zehn. Die besorgten Hinweise meiner Mitarbeiter, ich könnte mir durch solche Einladungen selbst einen Zacken aus der Krone brechen, habe ich dafür gern in Kauf genommen.

Mein eigener Status in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn war übrigens merkwürdig zwiespältig. Dem Rang nach war ich beamteter Staatssekretär, also nicht, wie es in einigen Biographien heißt, Bundesratsminister. Im Landeskabinett hatte ich zwar einen geschäftsordnungsmäßig festgeschriebenen Sitz, aber keine Stimme (was in einem Kabinett, in dem praktisch nie abgestimmt wurde, allerdings nicht viel bedeutete). Im Plenum des Bundesrates stand mir darum kein Rederecht zu; allerdings habe ich später, als ich von Baden-Württemberg aus Vollmitglied der Zweiten Kammer wurde, von diesem Recht kaum Gebrauch gemacht.

Diese Statusnachteile ließen sich auf andere Weise leicht ausgleichen. Im Unterschied zu meinen Kollegen, die den Ministerrang innehatten, brauchte ich in der Landeshauptstadt kein Ressort zu führen und folglich auch nicht an Landtagssitzungen teilzunehmen. Mein Amtssitz und mein Wohnsitz waren ausschließlich in Bonn, und nur einmal in der Woche, am Dienstag, musste ich für einige Stunden in Mainz an der Kabinettsitzung teilnehmen. Ich konnte mich also vollständig auf die Bonner Politik konzentrieren und hatte außerdem noch den Vorteil, dass mein Regierungschef Bundesvorsitzender der größten Oppositionspartei, das heißt, praktisch der Führer der Opposition war. Wer die Jahre 1973 bis 1978 in Bonn erlebt

hat, wird bestätigen, dass es kaum eine Übertreibung ist, wenn ich behaupte, dass nach einer relativ kurzen Anlaufzeit so gut wie nichts mehr an mir und meiner Landesvertretung vorbeilief. Das Haus in der Schedestraße war zu einem Kraftzentrum der deutschen Innenpolitik geworden.

Das war vor allem deshalb möglich, weil sich das Verhältnis zwischen Helmut Kohl und mir von Anfang an hervorragend entwickelte. Vor meiner Berufung hatten wir uns so gut wie nicht gekannt und uns nur auf allgemeine Eindrücke vom anderen verlassen. Nun stützten wir uns beide auf die selbstverständlichen Regeln korrekter Zusammenarbeit, aus deren Beachtung im Laufe der Zeit Vertrauen erwuchs. Kohls vielfältige Aufgaben und meine Abwesenheit von Mainz brachten es mit sich, dass ich in Bonn oft agieren musste, ohne mich vorher mit ihm abgesprochen zu haben. Nie aber bin ich für ihn oder für Rheinland-Pfalz ins Obligo gegangen, ohne redlich versucht zu haben, ihn zu erreichen und mich mit ihm abzustimmen. Andererseits verließ er sich auf meine Korrektheit und nahm Entscheidungen, die ich dann doch selbst hatte treffen müssen, nie zurück, wie es vielen meiner Kollegen passierte. Am Ende profitierten wir beide davon – Kohl, weil auf diese Weise der Eindruck entstand, er habe sein Land fest in der Hand, und ich, weil ich so zum gefragten und geschätzten Gesprächs- und Verhandlungspartner in der Bundeshauptstadt wurde.

In diesem Zusammenhang sei eine Institution erwähnt, die ich selbst ins Leben gerufen habe, die mir sehr viel Spaß gemacht hat und an die ich noch heute gern zurückdenke. Jeden Mittwochmittag veranstaltete ich im Weinkeller meiner Landesvertretung eine Art Seminar, in dem die aktuellen Fragen der Politik, gelegentlich aber auch längerfristige Probleme besprochen wurden, auf die man auch in der Tagespolitik zu achten hatte. Der Teilnehmerkreis wechselte, doch gab es einen festen Kern, der, so gut es ging, regelmäßig an diesen Besprechungen teilnahm. Dazu gehörte mein Pressesprecher Wolfgang Bergsdorf, der später im Bundespresseamt als Abteilungsleiter wirkte, sich nebenher habilitierte und heute Präsident der Universität Erfurt ist; damals befand er sich gerade auf dem Absprung ins Konrad-Adenauer-Haus, wo er Sprecher des Bundesvorsitzenden

UNVERKÄUFLICHE LESEPROBE



Roman Herzog
Jahre der Politik
 Die Erinnerungen

Paperback, Klappenbroschur, 416 Seiten, 12,5 x 20,0 cm
 10 s/w Abbildungen
 ISBN: 978-3-570-55058-8

Pantheon

Erscheinungstermin: September 2008

Ein großer Staatsmann blickt zurück

Roman Herzog, der überaus populäre, in allen politischen Lagern hoch angesehene siebte Bundespräsident, gehört zum politischen Urgestein unseres Landes. Sein Blick hinter die Kulissen der Macht und seine Erinnerungen an Begegnungen mit politischen Größen im In- und Ausland sind Pflichtlektüre für jeden politisch Interessierten.

Die Erinnerungen des ehemaligen Bundespräsidenten zeichnen eine ebenso ungewöhnliche wie beeindruckende Laufbahn nach, die den 1934 in Landshut geborenen Roman Herzog von einer glänzenden Hochschulkarriere als Staatsrechtler über Stationen in Bonn und Baden-Württemberg bis ins höchste Staatsamt führte.

Als Präsident des Bundesverfassungsgerichts begleitete und prägte er in der ersten Hälfte der 1990er Jahre die deutsche Politik mit bedeutsamen und wegweisenden Urteilen. Im Mai 1994 wurde Herzog als Nachfolger Richard von Weizsäckers zum Bundespräsidenten gewählt. Zu seinen bis heute unvergessenen Amtshandlungen zählen die Einführung des Tags des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus und jene berühmte »Ruck«-Rede, mit der er ein Aufbrechen der verkrusteten Strukturen in der Bundesrepublik anmahnte.

Roman Herzog, der in seiner Person Weltoffenheit und nüchterne Analyse mit dem Sinn fürs Machbare verbindet, verdankt das Land wesentliche politische Anregungen und intellektuelle Anstöße. Die Bilanz seiner politischen Jahre zeigt eine Persönlichkeit, der alle Aufgeregtheit und jedes nationale Pathos fremd sind und die bei aller bodenständigen Gelassenheit ein hintergründiger Humor und zugleich die Fähigkeit zu scharfer Kritik auszeichnet.

 [Der Titel im Katalog](#)